

## Ein Hoffnungschimmer.

Der Polenklub für Verhandlungen. — Die erste Lesung des Budgets beendet. — Ausschreibung von Ersatzwahlen?

Abg. Daszynski verwahrt sich dagegen, daß seine Rede als ein Ereignis gewertet werde, und sagt, es sind nur die alten Landesforderungen der Polen, welche die Bildung der Mehrheit im Abgeordnetenhaus verhindern. Abg. Daszynski, der wortgewaltige Führer der polnischen Sozialdemokraten, hat heute als offizieller Sprecher des Polenklubs festgestellt, daß die Polen keine Politik gegen den Staat, keine Politik gegen das Parlament betreiben, sondern nur die Einsetzung eines Zivilstatthalters in Galizien, Auszahlung der Kriegskosten in Galizien und Abhilfe gegen die Benachteiligung Galiziens durch die Zentralen verlangen. Die Politik der Polen sei eine Politik der Erwartung, des Zuschauens, des Festhaltens am Parlamente und die Regierung sei an der politischen Krise schuld, da sie es noch nicht der Mühe wert gefunden habe, die Polen auch nur ein Viertelstündchen anzuhören, und der Deutsche Nationalverband sei schuld an dem Mißtrauen der Polen, da seine Politik nicht klar zwischen deutschen Forderungen und Staatserfordernis unterscheidet. Eine Revolution hat sich im Polenklub seit der Sommertagung vollzogen, in Krakau hat ein Teil der Polen die Tagung mit einem Proteste gegen die monarchiefreundliche Haltung des andern Teiles gesprengt, die Wirkung des Kampfes zwischen den beiden Richtungen im Polenklub geht so tief, daß nicht einmal eine Mehrheit für einen Obmann zu finden ist, der Polenklub geht mit der offen staatsfeindlichen Opposition durch Dick und Dünn und verleiht ihr erst die Macht, auch bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Budgetausschusse, deren Rückwirkung auf den Staatskredit niemand zu leugnen vermag; und plötzlich, da der Klub in der Budgetdebatte diesen seinen halbbrecherischen Galopp erklären soll, bedeutet sein Sprecher, diese Politik sei weder gegen den Staat, noch gegen das Parlament gerichtet. Abg. Daszynski wurde als Obmann des Polenklubs kandidiert und hat heute nachträglich seinen politischen Befähigungsnachweis dafür geliefert; unter leidenschaftlichster Form hat er die veridhnlichste Rede gehalten und sich als Meister der Stimmung erwiesen, die er aufgeklärt hat, ohne sie zu klären. Denn über die Extrempole des Klubs hinweg reicht er die Hand den Parteien, denen an der Erhaltung des Parlamentes gelegen ist, zum Einvernehmen und zu Verhandlungen. Es ist eine üble Nachwirkung des Krieges, daß die so lange von einander abgesperrten Völker einander oft sehr mißverstehen, es ist aber eine unerklärliche Tatsache, daß der Polenklub für einen wilden Mann gehalten wurde, dabei aber die friedlichste Gesinnung hegte. Es ist gegenstandslos, über die Frage zu streiten, ob die Regierung und die Deutschen im Parlamente wirklich ein so schlechtes Gehör haben oder ob der Polenklub heute eine scharfe Kurve mit staunenswerter Geschicklichkeit genommen hat: die erfreuliche Tatsache bleibt, daß diese Erklärung der Polen die Wege ebnet, um über die Schwierigkeiten der nächsten Zeit wenigstens hinwegzukommen. Es ist anzunehmen, daß die Regierung die deutliche Einladung des Polenklubs versteht und mit ihm in die gewünschten Verhandlungen eintritt, um sich das Budgetprovisorium zu sichern. Darüber hinaus freilich sind die Schwierigkeiten keineswegs beseitigt.

Das Abgeordnetenhaus hat heute die erste Lesung des Budgets beendet und hat den Ausschuss beauftragt, binnen vierzehn Tagen über das Budgetprovisorium und binnen zwei Monaten über das Budget selbst dem Hause Bericht zu erstatten. Schon nach der Erklärung der Polen war in den Kreisen der Opposition eine bedeutende Ernüchterung zu bemerken und sobald die heterogene negative Mehrheit einen Sprung aufweisen wird, ist ein rasches Abbröckeln der Opposition zu erwarten. Es wird Sache der Geschicklichkeit der Regierung sein, die heute eröffneten Möglichkeiten auszunützen. Die deutschen Parteien, die der Meinung sind, daß die Bewilligung der Staatsausgaben und der Kriegskredite Staats- und Parlamentsnotwendigkeiten sind, werden sie hierbei unterstützen. Wie verlautet, wird auch mit den tschechischen Parteien in der Richtung verhandelt, die im Immunitätsausschusse an-

3./X. 1917

95

gehäuften Gegensätze, die Proteste der Tschechen und Südslaven gegen die Rechtmäßigkeit der Beurteilung der begnadigten früheren Abgeordneten, durch Ausschreibung von Ersatzwahlen zu bereinigen. Der Störung des Parlamentes durch die tschechischen Radikalen soll auf diese Art durch eine legale Maßnahme die treibende Kraft entzogen werden und man sagt, daß die Kramar und Chocim Hause erträglicher wären als ihr übler Einfluß auf das Haus von außen.

An sich würde die Ausschreibung der Ersatzwahlen beinahe allen Parteien, die Mandate ausständig haben, erwünscht sein, und auch die Christlichsozialen haben derzeit fünf Mandate unbesetzt, nämlich das des gesallenen Abg. Franz Fuchs (Landgemeinden Urfahr) und die der verstorbenen Abgeordneten Rienössl (Wien-Wieden 2), Georg Schachinger (Landgemeinden Braunau), Krenwallner (Landgemeinden St. Gilgen) und Graß (Landgemeinden Innsbruck). Im ganzen sind derzeit 41 Mandate im Hause unbesetzt. Gegen den Plan der Ausschreibung von Ersatzwahlen wird allerdings von deutschradikaler Seite bereits heftig protestiert und darauf verwiesen, daß die Verlängerung der Mandate der Abgeordneten mit der Unmöglichkeit von Neuwahlen begründet worden ist, man daher nicht jetzt nachträglich von diesem Standpunkte abgehen könne. Doch scheint diese Ansicht bei den Deutschradikalen nicht allgemein zu sein, da noch mittags der deutschradikale Abg. Dr. v. Mühlwert für die morgige Beratung des Immunitätsausschusses einen Antrag auf Vertagung ankündigte, um das von der Regierung angeregte Kompromiß herbeizuführen. Es erscheint gegenwärtig als die beste Politik der Deutschen zu warten und unter Abwehr aller unparlamentarischer, ungesetzlicher Eingriffe der Opposition die Kraft des Parlamentes gegen seine Widersacher weiter auswirken zu lassen. Die Früchte dieser Politik reifen bereits und es haben darum auch die beiden größten Gruppen im Deutschen Nationalverbande, die Deutsche Agrarpartei und die Deutsche Arbeitsgemeinschaft, heute beschlossen, für den deutschradikalen Antrag, die Funktionen in den Ausschüssen niederzulegen, nicht einzutreten. Es wäre ein Beweis politischer Klugheit, wenn die Deutschradikalen ihr Vorgehen nicht überspannen und die begreifliche und allgemeine Entrüstung über den tschechischen Radikalismus und seine Mißläufer meistern würden. Auch hier im parlamentarischen Trommelfeuer gilt die Hindenburgregel, daß der siegt, der die besseren Nerven hat...

In der ersten Lesung des Budgets hat heute der Obmann der Deutschen Agrarpartei Dr. Waldner die Niederlage des Panславismus im Kriege als unseren größten dauernden Erfolg gepriesen. Abg. Dr. Steinwender hat unter allgemeiner Zustimmung größere Ersparungen in der Militärverwaltung und die unbedingte Durchführung der Vermögensabgabe gefordert und damit gegenüber dem Finanzminister auch die Stimmung der Christlichsozialen ausgedrückt. Bemerkenswert war ferner eine überaus loyale Rundgebung des Rumänen Serbu.